

ANTRAG

gem. § 27 Abs. 3 GOG

der Abgeordneten Markus Hofer, Tanja Graf, Christoph Matznetter
Kolleginnen und Kollegen

betreffend EU Verpackungsverordnung verbessern – Umwelt schützen ohne Unternehmen unnötig zu belasten und die Chancen des europäischen Binnenmarkt nutzen

eingbracht im Zusammenhang mit der Verhandlung über TOP 16, Entschließungsantrag (1023/A(E)) der Abgeordneten Michael Fürtbauer, Kolleginnen und Kollegen betreffend EU Verpackungsverordnung aussetzen, verschieben und entschärfen – keine neue Bürokratie und Straflawine für Österreichs Betriebe

Die EU-Verpackungsverordnung (Packaging and Packaging Waste Regulation, kurz PPWR) ist in ihrer Zielrichtung zu unterstützen. Es ist besser, eine **gemeinsame europäische Regelung** zu haben, an die sich Unternehmen halten müssen, als 27 unterschiedliche nationale Lösungen. Gemeinsame Verpackungsregeln erleichtern den grenzüberschreitenden Warenverkehr, vermeiden Handelshemmnisse und Wettbewerbsverzerrungen und stärken damit den Binnenmarkt. Sie verhindern auch Trittbrettfahrerei durch Unternehmen aus Drittstaaten. Allerdings ist in der Umsetzung einiges schiefgelaufen: Es besteht erhebliche **Rechtsunsicherheit**, und gerade für kleinere Unternehmen sind die aktuellen Vorschriften eine unzumutbare Belastung geworden.

Besonders kritisch ist die Pflicht, dass auch kleinere Unternehmen **in jedem Mitgliedstaat einen eigenen Bevollmächtigten benennen müssen**. Wir unterstützen deshalb die **Aussetzung dieser Pflicht, insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen**. Daher setzen wir uns auf europäischer Ebene und insbesondere im Rat der Europäischen Union aktiv für eine Aussetzung der Bevollmächtigten-Pflicht für kleine und mittelständische Unternehmen ein.

Forderungen:

- Aussetzung der Bevollmächtigtenverpflichtung für kleine und mittelständische Unternehmen
- zumindest für kleinere Unternehmen kein Zwang, sich in jedem EU-Land eine eigene Vertretung zu suchen,
- eine klare Grenze, unter der zumindest kleinere Unternehmen von aufwendigen Melde- und Registrierungspflichten befreit oder deutlich entlastet werden
- eine einzige, zentrale Anmeldung für ganz Europa statt vieler verschiedener nationaler Systeme,
- Kosten, die sich daran orientieren, wie viel Verpackung tatsächlich verwendet wird – statt hoher Pauschalgebühren,
- eine einzige jährliche Meldung statt mehrerer nationalen Portale und Formulare,
- und eine faire Behandlung von wiederverwendeten Versandkartons, die ja gerade der Umwelt zugutekommt.

Viele Details der PPWR werden erst jetzt konkretisiert, und komplexere Vorgaben greifen erst nach 2027 bzw. teilweise erst ab 2030. Diese zeitliche Streckung zwischen den einzelnen Teilmaßnahmen sorgt aktuell für erhebliche Unsicherheit. Für uns ist klar: Verzögerungen oder Überarbeitungen dürfen nicht zu Lasten der Unternehmen gehen – wenn sich Regeln später ändern, müssen sie dann eben auch erst später gelten. **Unser Ziel bleibt eine Kreislaufwirtschaft, die die Umwelt schützt, ohne Unternehmen unnötig zu belasten, und die die Chancen des Binnenmarkts tatsächlich nutzt.**

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Wirtschaft, Energie und Tourismus, und der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft werden ersucht, sich auf europäischer Ebene und insbesondere im Rat der Europäischen Union aktiv für eine Verbesserung der EU-Verpackungsverordnung einzusetzen und dabei insbesondere folgende Forderungen zu berücksichtigen:

1. Aussetzung der Bevollmächtigtenverpflichtung für kleine und mittelständische Unternehmen
2. zumindest für kleinere Unternehmen kein Zwang, sich in jedem EU-Land eine eigene Vertretung zu suchen,
3. eine klare Grenze, unter der zumindest kleinere Unternehmen von aufwendigen Melde- und Registrierungspflichten befreit oder deutlich entlastet werden
4. eine einzige, zentrale Anmeldung für ganz Europa statt vieler verschiedener nationaler Systeme,
5. Kosten, die sich daran orientieren, wie viel Verpackung tatsächlich verwendet wird – statt hoher Pauschalgebühren,
6. eine einzige jährliche Meldung statt mehrerer nationalen Portale und Formulare,
7. und eine faire Behandlung von wiederverwendeten Versandkartons, die ja gerade der Umwelt zugutekommt.

H. Hoff
(HOFER)

A. Frey
(Touje. GRAT)

Christoph Matznetter
(MATZNETTER)

	Unterzeichner	Parlamentsdirektion
	Datum/Zeit-UTC	2026-10-09T12:42:22+02:00
Prüfinformation	Dieses Dokument wurde elektronisch besiegelt. Informationen zur Prüfung des elektronischen Siegels und des Ausdrucks finden Sie unter: https://www.parlament.gv.at/siegel	